

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 80 Bfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2.15 M. in Württemberg 2.22 M. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 80 Bfg.

Anzeigen 12 Bfg., von auswärts 15 Bfg. die Spaltenzeile ober deren Raum. Reklame 25 Bfg. die Zeile.

Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.

Nr. 52

Samstag den 1. März 1919

36. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Die Hand aus Wert!

Wenn du dich tatlos auf die Knie warfst —
verlangst du, daß dein Heil vom Himmel regne?
Die Hand aus Wert! Daß Gott dein Schaffen segne,
das ist's, was du demütig bitten darfst.

F. W. Weber.

Wochenrundschau.

Am 21. Februar ist der bayerische Ministerpräsident Eisner von einem früheren Leutnant, der jetzt zum Studium beurlaubt war, Graf Leo Vallen ermordet worden. Eben war Eisner im Begriff, seine Ministerpräsidentenschaft, die er sich selbst gegeben hatte, im Landtag niederzulegen, die unselbige Tat erschein ihm umso weniger verständlich. Mit der Beseitigung der Person Eisners glaubte der junge Student auch dessen System tilgen zu können, — der gleiche verhängnisvolle Fretum, dem schon genau 100 Jahre früher der Student Karl Ludwig Sand verfallen war, als er in Mannheim gegen Kogebue den tobbringenden Dolch schickte. Eisner ist tot, aber sein System hat dadurch nur neue Stärkung erfahren. Die Lebensregung der radikalsten Revolutionäre, wie sie in München im unantastbaren Kufstuf an die Mordtat, in Mitteldeutschland, in Mannheim und in anderen Städten zum Ausbruch gekommen sind, sind ganz gewiß keine Folge des Anschlags auf Eisner gewesen; sie waren alle längst vorbereitet in einem planmäßigen Kampf gegen die gegenwärtige Reichsregierung und die Nationalversammlung, die den Spartakisten, Kommunisten, Bolschewiken und, wie es immer deutlicher wird, auch den Unabhängigen Sozialisten ein besonderer Dorn im Auge ist, weil die Radikalen in der gesetzmäßigen Versammlung mit Recht das Haupthindernis zur Verwirklichung ihrer Bestrebungen, der Aufrichtung der Klassenherrschaft des Proletariats erblicken. Nachdem der Aufruhr in Berlin erstickt war und die blutige Revolution nicht mehr vom Zentrum in die Reichsteile ausfluten konnte, wurde jetzt der umgekehrte Weg gewählt: von den Außenteilen des Reichs soll der Brand gegen den Mittelpunkt geleitet werden. Der Weg schien mehr Erfolg zu versprechen, da in den Städten Kiel, Hamburg, Guxhagen, Bremen usw. so günstige Stützpunkte gegeben waren. Mit rührender Hilfslosigkeit verlegte sich die Reichsregierung einige Wochen aufs Verhandeln. In dieser Zeit gingen viele Millionen durch Streik, Raub und Plünderung verloren. Endlich schied der Reichswehrminister zwei Divisionen Freiwilliger an die Wasserfront und in drei Tagen war mit dem Spud vorbei. Was im Norden nicht gelungen war, wollten die Spartakisten nun im Westen machen. Im Gebiet der Ruhr und des Rheins wildes Aufflammen des Aufruhrs. In Berlin oder Weimar langes Zögern, Mahnen, Warnen. Hundert Millionen an Berlin werden vernichtet. Endlich wird das 7. Armeekorps mit der Wiederherstellung der Ordnung um jeden Preis beauftragt und wenigstens in einem Teil der arg bedrängten und gequälten Städte ist jetzt wieder Ruhe geschaffen. Da geht aber auch schon im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, im westlichen Sachsen, in der Provinz Sachsen, in Thüringen und in Anhalt der Tanz los, in bedrohlicher Nähe der Stadt der Nationalversammlung und gegenwärtig der Reichsregierung und weiter bringt der Funke nach Süden; in Nürnberg und zwei Tage darauf in München brechen die Unruhen aus. Auch Mannheim am Rhein wird der Schaulab müßter Ausschreitungen. Die französischen Besatzung greift nicht ein, sondern der französische Oberst zieht seine Bataillone schleunigst über den Rhein zurück, da er eine Verbrüderung seiner Soldaten mit den Spartakisten und Bolschewiken befürchtet.

Mit dem Tode Eisners haben, wie gesagt, diese Revolutionen rein gar nichts zu tun, aber sie sind durch ihn außerordentlich gefördert und begünstigt worden und mit bestem Erfolg wird die „Rache für Eisner“ oder die „Totenklage um Eisner“ als propagandistische Sammelruf zu den Demonstrationen benutzt. Die Unbejammertheit des Münchner Studenten — von der moralischen Verantwortlichkeit der Tat ganz abgesehen — hat also den Zweck der Handlung vollständig verfehlt. München erfreut sich jetzt einer echten und gerechten Räteregierung wie etwa Moskau oder Petersburg. Die Kommunisten haben sich

der Massen und was noch schlimmer ist, der Staatsdruckerei bemächtigt und fabrizieren für ihren Bedarf Noten, die mit Zwangskurs in Umlauf gesetzt und der Staatsfinanzverwaltung ein bitterböses Andenken hinterlassen werden. Eisners Geist wirkt fort. Wie lange noch? Bei den Wahlen zum bayerischen Landtag hat die „Partei Eisner“ kaum 2 1/2 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten; mit ihren drei Vertretern verschwindet sie im Landtag. Und doch hat sie sich durch den neuen Butsch abermals an die Spitze geschwungen. Aber von Dauer kann die Räteregierung von solch schmaler Grundlage nicht sein. Sie hat halb drohend halb bittend von der Reichsregierung verlangt, daß diese sich nicht in die „bayerischen Angelegenheiten“ einmische. Wenn aber die Bayern selbst nicht Ordnung im eigenen Hause schaffen könnten — was allerdings kaum anzunehmen ist —, so müßten doch die Freiwilligen Roskes am Ende nach dem Rechten sehen.

Um die vorläufige Reichswehr, die nach der ausdrücklichen Begründung in der Nationalversammlung zur Bekämpfung der Polengefahr und zur Unterdrückung der spartakistisch-bolschewistischen Unruhen errichtet werden soll, wurde in Weimar festig gekritten. Allerdings hat sich gegen diesen neuen „Militarismus“ nur die kleine Schar der Unabhängigen Sozialisten erhoben, aber mit einer Leidenschaftlichkeit, aus der man das Versinken des Rumpkes am Feig oder Nichtsein herausfahle. In der Tat, der schwere Fehler der Revolution, das deutsche Heer zu vernichten, und seine Moral und Mannszucht zu zerstören, — dieser Fehler trägt allein die Schuld an den heutigen Bränden im Reich. Und wenn man diese beseitigen will, bleibt nichts anderes übrig, als wieder ein neues Heer zu schaffen. Freilich wird man da die Erfahrung machen, daß zerstören viel leichter ist, als aufbauen. Gerade erhebend ist es, nicht, wenn im Deutschen Reich, das noch vor einem halben Jahr das beste Heer der Welt besaß, eine freiwillige Reichswehr von 175 000 Mann durch Zeitungsinsinuerate zusammengesucht werden muß. Und es ist immerhin noch ein Glück, daß tüchtige und bewährte Führer, vor allem unser Hindenburg, trotz aller bitteren Erfahrungen bereit sind, in der Not des Vaterlands sich aus neue zur Verfügung zu stellen und daß noch genügend waffengeübte Mannschaften vorhanden sind, die freiwillig dem Ruf der Regierung folgen wollen. In der Nationalversammlung war, von der Fraktion der Unabhängigen abgesehen, über die Notwendigkeit der Reichswehr nur eine Stimme. Der Abgeordnete Großer bezeichnete jede Stunde als Verlust, wo die Reichswehr noch nicht geschaffen sei. Der Geleitsentwurf wurde denn auch glatt in allen drei Lesungen angenommen. Die Ausführung liegt in den Händen des Reichswehrministers Roske, der in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Amtsführung sich als umsichtigen Organisator und als das bei weitem tatkräftigste Mitglied der Regierung erwiesen hat. — ein Gegenstück des leider mit dem Tode ringenden bayerischen Ministers Auer.

Der Bund der Landwirte hielt seine diesjährige Hauptversammlung in den Rheingoldfällen in Berlin ab. Der Vorsitzende Freiherr von Wangenheim verlangte die Beseitigung der Zwangswirtschaft. Die Landwirte, die seit Bismarcks Abgang in der Opposition stehen, müssen alle Kraft zusammenfassen. Aber zu unfruchtbarer Kritik sei keine Zeit. Im Gegensatz zu England fehle in Deutschland eine zielbewusste Politik. Herr von Oldenburg-Fanaußau forderte das Koalitionsrecht auch für die Landwirte. Wenn man den Industriearbeitern im ganzen Reich das Recht gibt, zu streiken, so werden auch die Landwirte im schlimmsten Fall dazu greifen müssen. Es sei zu bedauern, daß im entscheidenden Augenblick statt des Prinzen Max von Baden nicht ein Roske hinter dem Kaiser gestanden habe; dann würde der Kaiser gewiß nicht über die holländische Grenze gegangen und das wäre für ihn und das Reich besser gewesen. In einer Entschließung wurde erklärt: Das deutsche Wirtschaftsleben kann nur durch Hebung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsleistung wieder erstarren. Die gegenwärtige Form der Erwerbslosenfürsorge bewirkt aber das Gegenteil. Eine sachgemäß durchgeführte Seidlungsstätigkeit unter gleichmäßiger Mithilfe der verschiedenen Besitzgrößen würde eine geeignete Maßnahme sein, die freiverdenden Kräfte unseres Volks der Deimat zu erhalten. Nur eine blühende Landwirtschaft kann die Grundlage für das Wiedererleben eines gesicherten Deutschen Reiches sein.

Wilde Landwirtschaft kann die Grundlage für das Wiedererleben eines gesicherten Deutschen Reiches sein.

Wilson ist nach einer stürmischen und gefährlicheren Reise wieder auf amerikanischem Boden gelandet. Er hat drüben manches zu ordnen und zu ebnen, ehe er wieder nach Paris zu der berühmten Friedenskonferenz zurückkehren kann. In der ersten Märzhälfte läuft die Lebensdauer des gegenwärtigen amerikanischen Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus) ab und da bei den letzten Wahlen die Partei Wilsons, die demokratische, unterlegen ist, wird die republikanische Mehrheit ans Ruder kommen. Die zweite Reise Wilsons wird sich unter weniger günstigen politischen Verhältnissen vollziehen und er wird Vorzüge treffen müssen, daß der Kongress ihn während seiner Abwesenheit nicht kalt stellt oder ihm wenigstens das Konzept allzu sehr verdirbt. Vieles hat Wilson schon zugesehen müssen, um die republikanische Partei, die englischer ist als die Engländer, bei guter Laune zu halten. Von seinen 14 Punkten ist so gut wie nichts mehr übrig geblieben. Der Reichsrieden hat dem brutalsten Gewaltfrieden weichen müssen. Wilson hat ja die unerhörten Bedingungen vom 16. Februar gebilligt. Außerdem hat er noch, als er zur Abreise von Paris schon den Hut in der Hand hatte, den weisen Spruch getan, Deutschland sei für den Völkerbund noch zu jung. Das will besagen, daß Deutschland nach dem Pariser Friedensvertrag und Englands nach dem Friedensvertrag weiter wie ein Pestkanter aus der Völkergemeinschaft ausgestoßen und wie ein Verbrecher gefeindet werden darf. Den amerikanischen Republikanern, die nicht leben den Deutschen im Völkerbund sitzen wollten, mußte Wilson das Zugeständnis machen, daß Deutschland wenigstens so lange ausgeschlossen sei, bis es reif genug sei, was unter Umständen lange dauern kann, da die Franzosen, Engländer und Amerikaner über den Reichsgrad zu befinden haben. Das Patent der Reise wird daher wohl kaum zu erwarten sein, solange die Republikaner in Amerika die Oberhand haben. Hätte aber Wilson uns nicht die Völkereundreise abgesprochen, dann hätte sein Kongress gegen den Völkerbund, der ohnedies auf wackligen Füßen steht, gestimmt. Im Chor der Feinde haben aber doch zwei von den fünf „Großmächten“ die Meinung vertreten, daß Deutschland eigentlich schon reif genug sei. Das sind Japan und Italien. Die Japaner mag es aufgedämmert sein, was sie damit angerechnet haben, daß sie sich an dem Kesseltreiben gegen ihren natürlichsten Verbündeten beteiligten. Sie brauchen uns wieder. Es ist ein offenes Geheimnis, daß japanische Agenten im Reich möglichst viele deutsche Offiziere, die ja bei uns überflüssig geworden sind, für japanische Dienste anwerben. Gegen wen wohl? Italien kann es nicht erwarten, bis es wieder seine alten Handelsbeziehungen zu Deutschland aufnehmen kann, denn das ist für Italien die Lebensfrage schlechthin. So will auch Italien uns seine „Versöhnlichkeit“ zeigen, nachdem es uns, gleich Japan, um ein Vätergericht verurteilt hatte. Beide will ja die Friedenskonferenz den verbrochenen Siegerpreis vorantreiben und beide sollen mit einem Vätergericht abgestraft werden. Ja, es geht merklich zu in dieser besten aller Welten!

In Italien soll eine Umwälzung ausgebrochen und der König Viktor Emanuel soll ermordet worden sein. So wußte das kaiserliche Telegraphenbureau zu melden. Bestätigt hat sich die Nachricht nicht, aber sie fand überall Glauben, weil die inneren Zustände Italiens tatsächlich darnach sind. Auch Wilsons Leben stand in Gefahr. Eine Gruppe von Anarchisten und Bolschewiken lauerte ihm auf, aber die amerikanische Geheimpolizei, die zu den besten gehört, kam dahinter und hat die Mörder festgesetzt; von den Bolschewiken werden 1 1/2 Tausend in das heilige Russland zwangsweise zurückverlegt. Ob Wilson tatsächlich verwundet wurde, wie es hieß, ist nicht festzustellen. Es ist aber immerhin ein Spott des Schicksals, daß der Urheber des Völkerbunds und des Vereinfachens vor den Höllemaschinen und Giftködern des internationalen Anarchismus geschäft werden muß.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 27. Febr.

Herr Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Dritte Lesung des Entwurfs über die vorläufige Reichswehr. Abg. Dr. Fleischer (3.) beantwortet eine Tagesordnungspunkte für die Interoffiziere und eine Erhöhung des Grundgehalts der Militärämter. Nicht nur von den amerikanischen Staaten,



Neues vom Tage

Der Vulkan in Europa.

Berlin, 28. Febr. General von Lettow-Orbeke sagte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter: Will sich Europa durch das Abschneiden unserer Kolonien in seiner Mitte einen Vulkan aufrichten, der jeden Augenblick zu sprengen anfangen kann, dann aber mit seiner Lava ganz Europa zu verschütten droht, dann soll es uns unsere Kolonien nehmen. Wir müssen eine Ausdehnungsmöglichkeit haben und in Deutschostafrika haben wir sie, ohne daß eine neue geschaffen zu werden braucht.

Ablehnung der Räte in Sachsen.

Dresden, 28. Febr. Der gesetzgebende Ausschuss lehnte gestern den Staatspräsidenten für Sachsen ab und beschloß, daß dessen Funktionen auf den Ministerpräsidenten bzw. das Gesamtministerium übergehen sollen. Die Annahme der A- und S-Räte in die Verfassung wurde abgelehnt, desgleichen die Bezeichnung der Sozialisierung als Aufgabe der Regierung.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 28. Febr. Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 26. Febr. 1919. In Temesvar, Semlin, Agrar und Belgrad sind zurzeit noch etwa 200 deutsche Offiziere und 4000 Mann untergebracht, die sich in überaus trauriger Lage befinden. Viele von ihnen sterben infolge ungenügender Ernährung und schlechter Unterkunftsverhältnisse. General von Hammerstein hat den französischen General Dubant, beim Oberkommando der Alliierten die Bitte zu unterstützen, diese Mannschaften mit den deutschen Eisenbahnzügen heimzuführen, die bei der Rückbeförderung der serbischen Kriegsgefangenen aus Deutschland über Agrar hinaus geführt wurden. Dubant erwiderte, er habe Berichte erhalten, die mit der deutschen Schilderung übereinstimmen. Er hoffe, in einigen Tagen Antwort geben zu können.

Die Spartakisten.

Berlin, 28. Febr. Wie die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten von zuständiger Stelle erfahren, wird auf Veranlassung des Ministeriums des Innern mit dem 1. März begonnen, eine planmäßige Abschichtung Berlins nach Waffen durchgeführt.

Berlin, 28. Febr. In den Spandauer Munitionsfabriken sind eine Anzahl Maschinengewehre durch Spartakisten entwendet worden. Flugblätter, die diese in den großen Fabriken verteilen, fordern zum politischen Generalkrieg in Groß-Berlin auf den 4. März auf.

Die „Germania“ glaubt, daß es sich bei dem Generalkrieg in Mitteldeutschland für die Spartakisten nur um ein Manöver handle, um die allgemeine Aufmerksamkeit von den Vorkämpfen wegzulenken, die für neue Wahlen in Berlin anlässlich des Zusammentritts der preussischen Landesversammlung in nächster Woche betrieben werden. Nach der Art, wie man in Berlin für den Generalkrieg agitiert, könne es keinen Zweifel unterliegen, daß es sich nur um eine Ruhe vor dem Sturm handle.

Berlin, 28. Febr. Der Parlamentszug Berlin-Weimar trat gestern nach mühevoller Fahrt um halb 6 Uhr über Chemnitz-Gera in Weimar ein.

Düsseldorf, 28. Febr. Der Generalkrieg ist nach Bevölkerung von 75 Prozent der Arbeitelohns während des Streiks durch die Arbeitgeber seinem Abschluß nahe gebracht worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll heute erfolgen.

Düsseldorf, 28. Febr. In Hamburg fanden schwere Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Spartakisten statt. Zwei Mehrheitssozialisten wurden erschossen.

Magdeburg, 28. Febr. Die Kommunisten fordern zum Generalkrieg auf. Einige Hundert zogen vor das Krupp-Gruson-Werk, um dort den Generalkrieg zu erzwingen. Es gelang ihnen hier ebensowenig, wie in anderen großen Fabriken. Die Kommunisten, meist Fremde Elemente, zogen mit Drohung ab.

Erfurt, 28. Febr. Als General Märker auf der Durchreise von Gotha nach Weimar vor dem Garnisonkommando in Erfurt hielt, um mit den militärischen Stellen sich zu besprechen, sammelte sich eine erregte Menschenmenge um seinen Kraftwagen. Die in dem Fahrzeug befindlichen Offiziere wurden wörtlich und tätlich beleidigt. Als General Märker das Gebäude verließ, wurde er umringelt, geschlagen und durch einen Stuhl in den Kopf verletzt, so daß er sich ins Generalkommando zurückziehen mußte. Um 11 Uhr setzte der General in Begleitung von Mitgliedern des A- und S-Rates, die die Menge beruhigten, die Reise nach Weimar fort. Er ist inzwischen in Weimar eingetroffen.

Halle, 28. Febr. Die Lage im mitteldeutschen Streikgebiet ist wenig verändert. Bis gestern Abend war die Arbeiterschaft von 38 größeren Städten zur Teilnahme am politischen Streik gezwungen worden. Das Eintreffen der Regierungstruppen vor Halle ist frühestens am Samstag zu erwarten.

Leipzig, 28. Febr. Gestern mittag ist die Geschäftsstelle des Leipziger Bürgerausschusses, von dem der bürgerliche Proteststreik geleitet worden ist, von den Unabhängigen ausgedehnt worden.

Der erste Streiktag verlief ruhig. Ein Teil der Fabriken entließ die Streikenden ohne Kündigung, da es sich um einen Gewalt- und nicht um einen Lohnstreik handelt. Auch die Bürgerchaft drabsichtigt angeblich, in einen Proteststreik einzutreten.

München, 28. Febr. Im Landesarbeiter- und Soldatenrat sagte Dr. Lewin, wir wollen die Befreiung des Proletariats und das heißt nichts anderes als die Befreiung des Bürgertums. Die Versammlung der Räte billigte die Vertagung des bayer. Landtags. Die jetzige Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte solle den wirklichen Nationalrat Bayerns dar.

Fredrich Raub.

Berlin, 28. Febr. Während des Transports des

regimentarischer Wagens bei dem die Offiziere nach einer Garnisonsstadt Potsdam überfielen Räuber unterwegs den Transportzug und raubten einen eisenbeschlagenen Kasten, der die Kassenbücher, die Bekleidungsbücher, die Postbücher und die Abrechnungsbücher des Regiments, sowie einen Barbetrag von ungefähr 500.000 Mk. enthielt. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Raub auf der Station Prosten verübt worden. Die Räuber benutzten hierzu die Zeit, während der Wachtposten seine Abfertigung, die in einem Wagen des Zugs schlief, wecken wollten. In dieser Zeit war der offene Wagen, auf dem sich der Kasten befand, nicht bewacht.

Tolltes Treiben.

Dessau, 28. Febr. Laut „Anhalter Anzeiger“ wurde gestern Abend in Köthen ein mit Spartakisten und etwa 200 Fahrgästen besetzter „widder“ Zug, als er das Signalzeichen halt überfahren hatte, durch Maschinengewehrfeuer der Köthener Bahnbefugung zum Halten gezwungen. Dabei wurden eine Frau getötet und acht Wunden zum Teil schwer verletzt. Die ganze Spartakistenbefugung, darunter der „Bahnhofs-Kommandant“ von Halle, ein Mährischer junger Mann (!) wurde verhaftet. Die Spartakisten ließen den Zug auf vielen Stationen halten, um anarchoistische und aufwieglerische Flugblätter zu verbreiten. Im nahen Edderitz wurde ein aus Halle kommendes Automobil mit Spartakisten, die die Anhalter Bergwerksbesetzung zum Streik aufreizen wollten, angehalten. Die Insassen wurden verhaftet.

Volksabstimmung in Deutsch-Böhmen.

Jülich, 28. Febr. Die „Neue Zeit“ teilt bezüglich der vom 10.-22. Februar in Bern zwischen Vertretern Deutsch-Böhmens und des Verbands statigeordneten Verhandlungen über die Zukunft Deutsch-Böhmens mit: Die amerikanische Vertretung bei der Wirtschaftskonferenz stellte nach Anhörung der deutsch-böhmischen Vertretung den Antrag, daß die Zuteilung Deutsch-Böhmens an den tschecho-slowakischen Staat so lange in der Schwebe bleibe, bis eine Volksabstimmung stattgefunden habe. Die Abstimmung in Deutsch-Böhmen dürfe durch keine Verbindung weder von tschechischer noch von deutscher Seite beeinflusst werden. Daher solle das gesamte Gebiet vom Böhmerwald bis Troppan von amerikanischen und englischen Truppen besetzt werden. Dieser amerikanische Vorschlag wurde von englischer Seite unterstützt und schließlich auch von Frankreich angenommen.

Holland rüffet noch nicht ab.

Haag, 28. Febr. In der Zweiten Kammer erklärte der Kriegsminister, er halte den Augenblick für eine Vermeidung der Rüstung noch nicht für gekommen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach Friedensschluß müsse abgewartet werden. Abrüstungen seien augenblicklich gefährlich. Holland müsse sein Heer gegen jeden Versuch, Landbestände loszureißen, bereit halten. Maßregeln seien getroffen worden, um eine etwaige zweite Mobilmachung mehr zu beschleunigen. Holland lasse sich nicht Limburg und Seelandisch-Flandern ohne weiteres wegnehmen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 27. Febr. Die gesamte französische Presse schreibt (offenbar auf amtliche Anregung hin), die von Amerika angekündigte neue Zeit sei nur dann möglich, wenn Amerika in seiner großen Rolle als Menschenfreund beharre und auch weiterhin für Recht und Gerechtigkeit kämpfe. „Journal des Debats“ sagt hinzu: Wenn Amerika jetzt in dem Werk der Weltbefreiung innehalten würde, dann wäre es besser gewesen, es hätte überhaupt nicht eingegriffen.

Die zionistischen Vertreter Weimann, Spiro, Levi und Sokolow legten der Konferenz die Forderung der Errichtung eines jüdischen Reichs in Palästina unter dem Schutz Englands vor. An der Sitzung nahm Gemencau teil.

Das „Journal“ sagt, Deutschland übertreibe absichtlich die Gefahr des Spartakismus, um durch eine Revolution in den Ententeländern den Sturz der Ententeregierungen und dadurch den Sieg der Deutschen an der Friedenskonferenz doch noch durchzusetzen.

Bern, 28. Febr. Wie Schweizer Blätter melden, erklärte Präsident Wilson einem Pressevertreter gegenüber, daß er am 15. März wieder in Europa einreisen und im Juni nach Amerika zurückkehren werde. Die Friedenskonferenz würde also zu diesem Zeitpunkt beendet sein.

Die Kriegsschäden.

Paris, 28. Febr. Wie das „Journal“ meldet, hat der Abgeordnete Louis Dubois damit beschäftigt, im Namen des Budgetausschusses eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die die Kriegsschäden betrifft. Die Gesamtsumme dieser Schäden beträgt 119.801 Millionen Franken, die sich wie folgt verteilt: Immobilien 35.446 Millionen, Schaden an Mobilien, Material, Vieh und Wertgegenständen 32.352 Millionen, an Rohmaterialien, landwirtschaftlichen Produkten und anderweitigen Vorräten 28.761 Millionen, Ausfall an Betriebszeugnissen 23.242 Millionen. (Die Franzosen haben von jeher eine äppige Phantasie gehabt.)

Freilassung von Gefangenen.

Paris, 28. Febr. (Reuter.) 800 deutsche Gefangene werden demnächst aus einem Gefangenenlager in der Nähe von Tours entlassen. Es sind die ersten Gefangenen, die von den Alliierten entlassen werden. Sie sind elsass-lothringischer Abstammung.

Die Blockade dauert bis zum Frieden fort.

London, 28. Febr. (Reuter.) Auf der Arbeiterkonferenz in London sagte Lloyd George, die Blockade könne nicht eher aufgehoben werden, als bis Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnet habe, der den Krieg unmöglich mache. Er hoffe, daß der Vorfrieden in wenigen Wochen unterzeichnet werde.

sondern auch von den Sozialisten wurde alles ausgeboten um die deutschen Unteroffiziere zu gewinnen. Die bolschewistische und die polnische Gefahr nehmen ständig zu.

Reichswehrminister Noske: Die Fragen der Lehrerzulagen werden aufmerksam erwogen. Wenn die Unteroffiziere nur durch gesteigerte Bezüge vom Bolschewismus abzuhalten sind, werden sie eine schwache Stütze für die Regierung sein.

Abg. Fraß (U.S.P.): Die Reichswehr sei das unverzichtbare Instrument zur Schaffung der Ordnung. Das Sozialistengesetz erlebe jetzt eine Renaissance.

Abg. Laverenz (D.N.V.P.): Schamlose Verbrechen und unerhörte Vergewaltigungen gehen täglich vor sich. Gerade die bittüchtigen Reden der Partei des Vorredners sind daran schuld. Die Unteroffiziere und Offiziere müssen wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden, wenn uns nicht wertvolle Kräfte unseres Volkes verloren gehen sollen.

Abg. Schüpke (Soz.): Herr Fraß, einer der Hauptbegründer des Streiks im Ruhrgebiete, will in echt demagogischer Weise die Verhöhnung des Volkes weiter betreiben. Diebstahl gegen Räuber, Mörder und Blinderer sollte die Reichswehr Verwendung finden.

Reichswehrminister Noske: Wir müssen, daß russische Agenten und russisches Geld auch jetzt wieder eine große Rolle spielen. Wir würden Verbrechen am Volk sein, wenn wir nicht dafür sorgten, daß diesem Verbrechertum ein Ende bereitet wird.

Abg. Tieleke (Soz.) bestätigt die Schuld der Unabhängigen an dem Streik in Mitteldeutschland.

Abg. Winnefeld (D.N.V.P.): Die heutigen Zustände im Ruhrgebiet sind nur auf das Konto der Unabhängigen und Spartakisten zu setzen.

Abg. Hue (Soz.) bestätigt, daß Fraß in Essen zu jener Gruppe gehörte, die die denkbarsten schärfsten Anträge stellte.

Abg. Cohn (U.S.P.): Die Regierungssozialisten müssen jetzt heute, wenn gegen Streikende Maschinengewehre aufgeführt werden. Jesse hat mir nur Partridge gegeben. Lautes Gelächter.

Reichswehrminister Noske: Sie, die Herren von der U.S.P., müssen sich wenden und denken, wie Sie wollen, die Annahme des russischen Geldes und seine Verwendung ist ein so verändertes Kapital für sie, daß Sie niemals insinuate sein werden, daß vor dem deutschen Volk darüber zu rechtfertigen. (Beifall.) Das Wehrgesetz wird in 3. Lesung gegen die Stimmen der U.S.P. angenommen.

Es folgt das Notgesetz für Elb-Lothringen (zur Abhilfe dringender Umstände).

Frau Schmitz (Zentrum) schildert die Notlage der Vertriebenen aus Elb-Lothringen, denen schnelle Hilfe werden müsse. Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zur Beratung steht nach der Mittagspause das Uebergangsgesetz.

Abg. Becker-Naffau (Zentrum): Der Tendenz der Vorlage stimmen wir zu. Wir müssen wieder festen Rechtsboden gewinnen.

Reichsarbeitsminister Bauer wendet sich gegen den Antrag Abfah, wonach alle Verordnungen der provisorischen Regierung, die nach dem 10. Februar veröffentlicht wurden, ungültig sein sollen.

Abg. Dr. Zoepfel (Dem.) befragt die Annahme des Antrags Abfah. Die Zeit der Revolution schließt mit der Notverfassung vom 10. Februar ab und diese sei fest, daß alles, was nicht vor dem 10. Februar verhängt ist, keine Rechtsgültigkeit habe.

Abg. Wahrenuth (D.N.V.P.): Die Materie bedarf durchaus der Kommissionberatung. Die ganze Gesetzesarbeit der Revolution muß aus das allwissendste geprüft werden.

Abg. Mersch (D.N.V.P.): Das Gesetz ist ein Versuch, die gesetzgeberischen Akte der Revolution zu legalisieren. Die Verordnungen müssen erst gründlich geprüft werden. Wir fordern Ausschlußberatung.

Ein neuer Antrag Abfah (Dem.) verlangt, daß nur diejenigen Verordnungen Gesetzeskraft erhalten, die in ein vom Reichsanzeiger veröffentlichtes Verzeichnis hineingekommen und daß das Recht der Nationalversammlung zur Aufhebung der Verordnungen unberührt sein soll.

Ein Zentrumsantrag will den Entwurf Gesetz werden lassen, die einzelnen Verordnungen der Volksbeauftragten aber den verschiedenen Ausschüssen zur Nachprüfung überweisen.

Ausschlußberatung der Vorlage wird gegen Deutsch-Nationale und Unabhängige abgelehnt. Aus einer großen Reihe von Einzelabstimmungen geht schließlich § 1 in folgender Fassung hervor: Die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reichs bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 entgegensteht. In Kraft bleiben oder treten die vom Rat der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser ist der Nationalversammlung innerhalb Monatsfrist vorzulegen. Verordnungen sind außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung dies innerhalb dreier Monate beschließt. Das Verzeichnis der Verordnungen ist im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen. In diesem Verzeichnis fehlende treten außer Kraft. Der Zentrumsantrag betreffend Nachprüfung der Verordnungen in drei Ausschüssen wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte erledigt.

Weimar 28. Febr.

Präs. Schrenk eröfnet die Sitzung um 10.30 Uhr. Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs. Der Seniorekammern empfiehlt, von jeder Fraktion zwei Redner zum Worte gelangen zu lassen und die Redezeit auf eine Stunde zu beschränken. Das Haus ist damit einverstanden.

Abg. Fischer (Berlin (Soz.)): Ein neues Deutschland ist aufgebaut und soll mit sozialistischem Geiste erfüllt werden. Leider ist davon wenig in diesem Entwurf hineingekommen. Schon die Wahl des Wortes Reich war kein guter Griff. Wir werden daher beantragen statt Reich zu sagen: deutsche Republik. Wichtige Bestimmungen des Reichspräsidenten sind uns zu weitgehend. Es fehlt auch eine Bestimmung, daß Mitglieder der bisher regierenden Familien nicht zum Präsidenten wählbar sind. Wie bedauern das Kompromiß zwischen Einheitsstaat und Föderativstaat. Die organisierte Arbeiterkraft ist ein wirtschaftlicher und politischer Wachstumsfaktor geworden, der diese Anerkennung auch in der Verfassung beansprucht. Die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist nicht gesichert; auch die Schichtschule ist nicht erreicht.

Abg. Spahn (Z.): Der Krieg gebor die Revolution. Der Kaisertriumph des deutschen Volkes ist ausgeträumt. Deutsch-Ostpreußen gehört zum deutschen Reich. Mit dem Wegfall des Herrscherhauses hat das Interesse am Staat Wegfall in weiten Kreisen westlich der Elbe nachgelassen. Die Verlegung Preußens in zwei oder drei Teile muß in der Kommission geprüft werden. Im allgemeinen eignet sich unsere Industrie nicht zur Sozialisierung. Die Volkswahl des Reichspräsidenten schließt die Stellung des Parlamentes. Es erscheint als ein Gebot der Pflicht und der Klugheit, beim Heiligen Vater eine Vertretung des Reichs einzurichten.

Abg. Dr. v. Delbrück (D.N.): die demokratische Monarchie, wie sie im letzten Herbst bei uns entstand, hätte völlig ausgereicht, um auch die wichtigsten Ziele der künftigen Union zu verwirklichen. Auch die Person des Kaisers hätte dabei nicht im Wege gestanden. Dann ist aber nicht recht zu sehen, wenn man jetzt nicht eifriger zu tun hat, als die alte bismarcksche Verfassung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Der Entwurf ist ein Gesetz zur allmählichen Auflösung des Deutschen Reichs. Wir sind dafür, die Fortden Schwarzwald-Vertrag zu behalten. Der Entwurf räumt nun mit den preussischen Vorrechten auf, billigt aber vielen Gliedstaaten die alten Reservatrechte zu; ja stärkt sie sogar im Heerwesen. Neben dem Reichstag sollte eine Erste Kammer stehen. Ueber das Verhältnis von Staat und Kirche ist auffälligerweise in dem Entwurf nichts geschrieben. Weiter vermissen wir in dem Entwurf eine angemessene Regelung der Verhältnisse der Beamten.

Wilson und die Südlavon.

London, 28. Febr. Reuters meldet aus Paris: Da Italien sich endgültig geweigert hat, Wilson als Schlichter zwischen Italien und den Jugoslawen anzuerkennen, haben diese heute auf der Friedenskonferenz die Forderung erhoben, daß der Fönzo die Grenze bilden solle. Berichten aus Italien zufolge ist von den Jugoslawen die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden. Italien hat deshalb die Rückbeförderung der Jugoslawen, die während des Kriegs mit Oesterreich gefangen genommen worden sind, eingestellt.

Straßenkämpfe in Lissabon.

London, 28. Febr. „Morning Post“ meldet, Lissabon werde seit Samstag von Bolschewisten und Carbonari (Kohlenträger) beherrscht. In den Straßen wird gekämpft. Es wurden Barrikaden errichtet und Geschütze aus dem Marinearsenal geholt. Zugleich wurden die elektrischen Kabel zerschnitten, so daß die Stadt im Dunkeln lag. Die Amtsräume der Regierung wurden von ungefähr 3000 Personen gestürmt.

Wilson arbeitet für den Völkerbund.

Washington, 28. Febr. (Havas.) Wilson bespricht mit den Ausschüssen für die auswärtigen Angelegenheiten in beiden Parlamenten die Frage des Völkerbunds. Wenn die Vereinigten Staaten nicht in diesen Bund eintreten, werde er scheitern und dann werde in Europa eine aller Beschreibung spottende Verwirrung entstehen. Der Entwurf des Völkerbunds sei von England vorgeschlagen. Die von den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien vorgelegten Entwürfe seien verworfen worden. Wilson stellte in Abrede, daß der Völkerbund in das Recht des Kongresses, Krieg zu erklären, eingreife und sagte, die Stärke des Völkerbunds beruhe auf der Freundschaft zwischen Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, unter denen ernste Schwierigkeiten undenkbar seien. Die Bestimmung über die Abrüstung nehme keinen Einfluß auf die militärische Ausbildung. Wie versautet, wurden die japanischen und mexikanischen Fragen, die die Vereinigten Staaten berühren, freimütig erörtert.

Wilson hat die Einladung, am 4. März, dem Vorabend seiner Abreise nach Frankreich, in Newyork eine Rede zu halten, angenommen. Es wird erwartet, daß der frühere Präsident Taft in derselben Versammlung sprechen wird.

Schleunigung des Friedens.

Newyork, 28. Febr. 186 Kongressmitglieder haben den Antrag eingebracht, der die größtmögliche Beschleunigung der Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten verlangt.

Anschlag auf Wilson?

Paris, 27. Febr. Das „Frankösch Nouveau“ meldet aus Washington, daß auf Wilson von einem Anarchisten namens Kargosky ein Anschlag verübt worden sei. Kargosky sei bei dem Versuch, in die Wohnräume des Präsidenten im Palace-Hotel in Washington einzudringen, auf der Treppe überrascht und nach heftigem Kampf überwältigt worden. Er trug einen Revolver bei sich und erklärte, er habe versuchen wollen, dem Präsidenten zu sprechen.

Unter Vorbehalt verzeichnen verschiedene Berliner Morgenblätter eine Meldung, wonach Wilson bei einem Attentat an der linken Brustseite verletzt worden sei.

Paris, 27. Febr. (Havas.) Wilson ist in Washington eingetroffen.

Paris, 27. Febr. (Havas.) Ministerpräsident Clemenceau unternahm gestern seinen ersten Ausgange. Eine zahlreiche Volksmenge bereite ihm vor seiner Wohnung eine Kundgebung.

Paris, 27. Febr. In der Kammer erstattete der Marineminister Bericht über den Stand der französischen Flotte. Durch die Inanspruchnahme der Arsenalen und Werften für Instandhaltung der Schiffe und die notwendig gewordene Herstellung von Waffen und Munition — da ein großer Teil der sonstigen französischen Industrie in deutschen Händen war — seien Neubauten während des Kriegs unmöglich gewesen. Andere Marinen (England) seien günstiger daran gewesen. Die französische Marine könne nur durch Einverleibung deutscher Schiffe oder durch schwere Ausgaben wieder ihre Kräfte sammeln. Etwas Mittel wäre das einzig richtige. Frankreich möchte die deutschen Schiffe haben, England aber will sie ihm aus naheliegenden Gründen nicht geben. D. Schr.)

Lohnfrage der Seeleute.

London, 27. Febr. Die internationale Konferenz der Seeleute beschloß die Aufstellung einer internationalen Mindestlohnfrage, die der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll.

London, 27. Febr. Auf eine Anfrage im Oberhaus, was mit den ausgelieferten deutschen Schiffen, die sich in England befinden, geschehen würde, antwortete Lord Lytton, diese Schiffe werden, wie er bestimmt sagen könne, keiner anderen Flotte einverleibt werden; sie sollen entweder, wenn sich die Mehrheit der Mächtevertreter auf der Friedenskonferenz dafür entscheidet, im Meer versenkt oder abgebrochen werden, wofür sich dies bezahlt machen sollte.

Das amerikanische Heer.

London, 27. Febr. (Reuters.) Nach einer Mitteilung aus Washington hat die Senatskommission für militärische Angelegenheiten auf dringendes Ersuchen des Kriegesekretärs und des Generals March in die Armeevorlage wieder eine Bestimmung über Beibehaltung einer Armee von 1 1/2 Millionen Mann aufgenommen. Der Marineminister des Senats hat mit 8 gegen 1 Stimmen beschloffen, für die Flottenvorlage von 70 Millionen Dollars einzutreten. Die Republikaner waren dagegen.

Völkerbund oder Militarismus.

Washington, 26. Febr. (Reuters.) Gestern abend

und auf Kabinetsabstimmung statt. Ein Post Office später sagte der Marineekretär Daniels in einer Rede im Nationaldresklub, daß amerikanische Volk trete in eine neue Zeit ein. Es müsse entweder den vorge schlagenen Völkerbund unterstützen oder seine Rüstungen außerordentlich vermehren, um unter der Monroe Doktrin die amerikanischen Interessen zu schützen. Daniels sagte: Wir müssen unseren Teil der Verantwortlichkeit für die Weltgerechtigkeit und den Weltfrieden in Gemeinschaft mit den anderen freien Völkern auf uns nehmen oder die Last der militärischen Ausgaben und die Gefahr tragen, die die Wahl des Militarismus mit sich bringt.

Japan gegen die Rassenstrafen.

London, 27. Febr. Die „Times“ meldet aus Tokio, der japanische Ministerpräsident werde ein Gesetz vorschlagen, durch das die Rassenstrafen fallen sollen. (Die japanische Forderung richtet sich vor allem gegen die Einwanderungsbeschränkungen der gelben Rassen in den Vereinigten Staaten und in Australien.)

Mannheim, 27. Febr. Die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen wurde gestern von der französischen Besatzungsbehörde für den Verkehr vorläufig vollständig gesperrt, das Sammellager der Entente in Mannheim plötzlich aufgehoben. Die französischen Bewachungsmannschaften und das amerikanische Sanitätspersonal haben Mannheim verlassen.

Die Räumung Mannheims durch die beiden Bataillone im Gefangenlager und der Besetzung des Jagengebiets erfolgte mit auffallender Schnelligkeit. Am Tag vorher waren Gehoramsverweigerungen vorgekommen und französische Mannschaften hatten ihre Offiziere bedroht, Ausrüstungsstücke in den Rhein zu werfen usw. Die Rheinbrücke soll besetzt werden. Man glaubt, daß die Maßregel ergriffen worden sei, um einer bolschewistischen Ansetzung vorzubeugen.

Bei Eberts.

Dem „Berl. Lokalanzeiger“ wird ein Besuch bei der Familie Ebert geschildert. Die Familie des Präsidenten ist aus ihrer beschriebenen Wohnung in Treptow im Reichsdam des Innern übersiedelt. Sie hat dort glänzende Räume bezogen, in denen vorher Bethmann-Hollweg, Delbrück, Helfferich und zuletzt der Bislangler v. Bayer gewohnt haben. Die Familie Ebert hilt sich nach wie vor ohne Diensthoten. Frau Ebert, eine schlichte Arbeiterfrau aus Weidhörnshagen bei Bremen, scheut sich nicht, dem Besucher treuherzig zu versichern, daß ihr jede Hausarbeit recht sei. Sie pflegt noch jetzt selbst die Kohlen aus dem Keller zu holen. Die mittelgroße, schlanke Frau von 45 Jahren und ihr ältester Sohn Fritz, der dem Vater wie aus dem Gesicht geschnitten ist, ahnen allerdings, daß die Repräsentationspflichten, die ihrer harren, nicht leicht sein werden.

Auf die Frage, ob die Standeserhöhung gefeiert wurde, lächelte Frau Ebert: „Wir haben bei guten Freunden eine Flasche Wein ausgesprochen, ein paar Glückwunschtelegramme kamen und einige Briefe, ein Freund sandte einen herrlichen Blumenkorb, das war alles.“ Fritz Ebert jun., der heute 24 Jahre zählt, hat das Buchdruckergerwebe erlernt und will jetzt Journalist werden. Der zwanzigjährige Sohn Paul wurde erst dieser Tage vom Militärdienst entlassen. Die Tochter Marie, die neunzehn Jahre zählt, hat seitdem ihr Vater Regierungsrat ist, ihre bisherige Tätigkeit in einem Geschäft aufgegeben. Sie freut sich mit ihrem jungen Bruder des der Familie zur Verfügung stehenden Automobils.

Die Frau Präsidentin erzählt, daß ihr Mann in den neunziger Jahren schwer kämpfen mußten, um sich und die Seinen vor bitterster Not zu schützen. Er war damals in Bremen hintereinander Vokalredakteur, Bäckergehilfe, Kutscher und Gastwirt.

Frau Ebert erzählt von ihren gefallenen Söhnen und ihre Augen werden feucht. Der 18jährige Sohn Heinrich starb vor zwei Jahren in Mazedonien an den Folgen einer schweren Verwundung. Der andere Sohn Georg fiel im selben Jahre am Chemin-des-Dames.

Der Präsident Ebert hält sich bekanntlich in Weimar auf und er hat noch keine Zeit gefunden, der Familie einen Brief zu schreiben. In ihrem neuen Heim fühlt sich die Familie recht behaglich und möchte es am liebsten nicht mehr verlassen. Gegen das Schloß Bellevue, das der Familie als künftige Wohnung genannt wurde, bekundet die Frau Präsidentin eine deutliche Abneigung. Es ist ihr zu imposant.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 27. Febr.** (Der Generalfreil.) Der für heute angelegte Generalfreil ist nicht zustande gekommen, da die Arbeiter verschiedener wichtiger Betriebe sich nicht anschlossen. Dagegen soll heute nachmittag zwischen der Arbeiterschaft von Robert Bosch und den Unabhängigen eine Einigung zustande gekommen sei, am Samstag die Bewegung auszuführen, als deren Ziel der Sturz der Regierung genannt wird.

(*) **Endersbach, 27. Febr.** (Großfeuer.) Heute Vormittag brannte das große der Firma B. Biele & Söhne Rubelarbeit gehörige Ziegelei Gebäude am Bahnhof, vermutlich infolge Selbstentzündung, bis auf den Grund nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend.

(*) **Leonberg, 26. Febr.** (Schweinemarkt.) Am dem heutigen Schweinemarkt konnten Milchschweine 140 Mk. pro Stück. Es wurde nichts verkauft.

(*) **Heilbronn, 27. Febr.** (Wieder Ruhe.) Der gestrige Generalfreil ist, soweit bis jetzt bekannt ist, ohne störende Zwischenfälle verlaufen. Auf dem Marktplatz wurden einige Reden gehalten. Heute wird überall gearbeitet.

(*) **Schriesheim, 27. Febr.** (Dix sind sechs Bodenfälle festgestellt worden.) Auch in Altkönigsbach treten die schwarzen Matten auf.

(*) **Stuttgart, 28. Febr.** (Aus dem Verfassungsausschuß.) Der Verfassungsausschuß schloß die Beratung des § 15 (Schule) fort. Ein Redner der Sozialdemokratie führte aus, bezüglich der Trennung von Staat und Kirche sei so gut wie nichts erreicht worden. Die Kirchen erhielten alle Freiheiten und dazu noch Vorräte. Wenn Abt. 1 nicht wie im Entwurf angenommen werde, so bedeute das eine Kapitulation der Sozialdemokratie. Der Religionsunterricht dürfe nicht in der Verfassung verankert werden. Das Volk wünsche zwar jetzt den konfessionellen Religionsunterricht, aber auch in dieser Beziehung könnte einmütig andere Ansicht beim Volk eintreten. Ein Redner der D. dem. Partei betonte, seine Freunde wollten, daß der Staatsgedanke das Schulwesen beherrsche. Die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts müsse im Einvernehmen mit der Kirche geregelt werden. Kultusminister Henmann hob hervor: Er müßte dem Antrag (N. d. V.) bezüglich der Aufnahme des Religionsunterrichts in § 15 widersprechen. Ein Redner der D. dem. Partei betonte, die Sozialdemokratie wolle anstelle des Religionsunterrichts den Moralunterricht setzen. Der kürzlich gesammte Teil des Volkes würde sich dies nicht gefallen lassen. Der Resolution Württemberg betr. Verbleiben der theologischen Fakultäten im Verband der Universität Tübingen könne keine Partei zustimmen. Regierungskommissar Prof. Dr. v. Blume betonte: Es sei gefährlich und ungerecht, wenn die Frage des Religionsunterrichts in die Verfassung aufgenommen werde. Ein Zentrumredner sagt, der größere Teil des Volkes wünsche die Aufrechterhaltung der Konfessionschule. Die gegenwärtige Forderung sollte nicht auch noch zu einem Schulkampf führen. Seine Freunde seien für die Aufnahme des Religionsunterrichts in § 15. Kultusminister Dr. Henmann wandte sich gegen die Aufnahme des Religionsunterrichts in die Verfassung.

(*) **Stuttgart, 27. Febr.** (Aus dem Finanzausschuß.) In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses wurde u. a. von dem Abg. Graf (J.) u. Gen. ein Antrag gestellt, daß zur besseren Versorgung der Kinder mit Wäsche und Kleidern solche oder die zu deren Herstellung erforderlichen Stoffe insbesondere an kinderreiche Familien abgegeben und bei Minderbemittelten die Uebersteuerungskosten auf Mittel der Kriegswohlfahrtspflege übernommen werden. Von dem Abg. Schafstke (D. V.) wurde der Antrag übergeben: Der Abt. Minister möge bei den möglichen Berliner Stellen dahin wirken, daß das Spinnverbot für Wolle aufgehoben wird, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihr fog. Hausgarn herzustellen zu lassen.

(*) **Stuttgart, 28. Febr.** (Anträge.) Die Forderung der Bürgerpartei und des Bauernbunds hat folgenden eingebracht: 1. Sämtliche Reichssteuern sollen in Kriegszeiten zum Nennwert bezahlt werden können; 2. Reichssteuerbeiträge in Höhe von mehr als 100 Mk. müssen in Kriegsanleihe des Deutschen Reichs bezahlt werden.

(*) **Stuttgart, 28. Febr.** (Salzhöchstpreise.) Der Gemeinderat hat den Kleinhandelspreis für reines weißes Speisesalz auf 18 Pfg. für ein Pfund festgesetzt.

(*) **Stuttgart, 28. Febr.** (Betrügereien.) Innerhalb weniger Wochen sind durch die Sicherheitskompanien wiederum gestohlene Heeresgüter usw. im Betrag von über 750000 Mk. gerettet worden. — Ein Zahlmeisterstellvertreter eines Feldtruppenteils hatte 68000 Mk. unterschlagen. Etwa 28000 Mk. wurden gerettet, den Rest hatte er in „Damen“-Gesellschaft verprascht. Bei einem ehemaligen Beamtenstellvertreter der Marktennderei einer würt. Division wurden Marktennderewaren in Höhe von 3000 Mk. beschlagnahmt.

(*) **Unterriegingen, 28. Febr.** (Stiftung.) Zum Gedächtnis an ihren im September 1914 im Feld gefallenen Sohn haben Frau Norwin Leutrum von Eutingen und seine Gemahlin der heiligen Armenpflege 3000 Mk. überwiesen, aus deren Zinsen jährlich an Weidmachten bedürftigen Familien Zuwendungen gemacht werden sollen.

(*) **Talheim, O. A. Heilbronn, 27. Febr.** (Maner einsturz.) In der Fröhe stürzte der obere steinerne Torbogen am alten Schloß mit starkem Gefälle ein. Niemand ist verletzt. Das Gebäude stammt aus dem 14. Jahrhundert.

(*) **Neckarsum, 27. Febr.** (Unter dem Zwang des Arbeiterrats.) Am Dienstag Abend erschien auf der Redaktion der „Unterländer Volkszeitung“ eine Vertretung des Neckarsummer Arbeiterrats und verlangte, daß beim Generalfreil am Mittwoch der Betrieb geschlossen zu halten sei. So unterließ am Mittwoch die Ausgabe des Blatts.

(*) **Dettingen a. G., 28. Febr.** (Ausstand.) Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabrik Eisenlohr sind in den Ausstand getreten.

(*) **Mainhardt, 28. Febr.** (Kraftwagen.) Nach einer Mitteilung der Generaldirektion ist mit der Wiederaufnahme des Kraftwagenbetriebs Sulzbach-Mainhardt wegen der Schwierigkeit der Wagenbeschaffung vor vier Monaten kaum zu rechnen.

(*) **Kautenbach O. A. Crailsheim, 28. Febr.** (Freiheit.) Am Geburtsstag des Königs, so schreibt ein Leser des „Frankösch Grenzboten“, steht ich wie ich es auch am Geburtsstag des Kaisers tat, ein kleines Fährlein aus meinem Dache. Am 1/2 Uhr traten zwei halbwüchsige Burschen, mit roten Halsbinden angehen, in mein Zimmer, ohne Klopfen und Gruß, mit den Worten: Die kommt herunter oder sie wird herunter geholt! — Nach kurzer Zeit erschien ein ganzes Rudel halbwüchsiger Kerle, mit Stangen und Stielen bewaffnet, vor meiner Haustür, wußt um die Fahne herunter zu holen, was ich aber unwillkürlich getan habe. Ein Jochlein und Scherlein ging los, die eine flogen in mein Haus und mein Dach wurde demoliert.

(*) **Fredenstadt, 28. Febr.** (Bahnbau.) In etwa 4 Wochen wird mit dem Bau der Bahn von Dornstetten nach Pfalzgrafenweiler begonnen werden können.

(*) **Geislingen a. St., 28. Febr.** (Kraftwagenverbindung.) Die bei Kriegsausbruch eingestellte Kraftwagenverbindung Geislingen — Böhmendorf soll wieder eröffnet und bis Heidenheim ausgedehnt werden.

AMBI-DACHSTEIN-
Maschine für Handbetrieb
Ambi Abt. II K. Charlottenburg 9.

Lokales.

Auf die an die Forstdirektion und das Landesbelleidungsamt gerichteten dringenden Gesuche des Stadtschultheißenamts, den städtischen Holzhuern, wie den staatlichen, Kleider und Schutzzeug zuzuwenden, sind folgende Antworten eingelaufen:

Die Landesbelleidungsstelle ist z. B. nicht in der Lage, dertiger Anforderung zu entsprechen und ist Ihnen, Ihren Bedarf bei der hierfür zuständigen Forstdirektion unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke anzumelden, welche hierauf das Weitere wegen Belieferung Ihrer Forstarbeiter mit Kleidung und Schutzzeug veranlassen wird.

Landesbelleidungsstelle
Heurer.

Den bestehenden Bestimmungen gemäß sind die Holzhuern der öffentlichen Körperschaften aus den an die Kommunalverbände zu diesem Zweck überwiesenen Kleiderbeständen zu verfügen.

Das Stadtschultheißenamt wolle sich nundertun wenden.
Forstdirektion Fr. Keller.

Ferner wurde ein Besuch an das Kriegsbelleidungsamt um Ueberlassung von Kleidungsstücken an die Konfirmanden der Kriegsteilnehmer gerichtet. Daraus ist folgende Antwort eingelaufen:

Auf Gesuche gleicher Art hat das Kriegsministerium, Verwaltungs-Abteilung bekannt gegeben, daß Abgaben von Belleidungsstücken für Konfirmandenanzüge leider nicht berücksichtigt werden können, da sämtliche Belleidungsstücke zur Herstellung von Entlassungsanzügen dringend benötigt werden, soweit sie nicht für den Truppenbedarf notwendig sind. Es wurde den Gesuchstellern anheimgestellt, sich an den für sie zuständigen Kommunalverband mit einem erneuten Gesuch zu wenden.

Beide Gesuche wurden nun an den Kommunalverband weitergegeben, von dem übrigens in den nächsten Tagen 19 Anzüge eintreffen werden, die im Wege der Verlosung zur Verteilung kommen.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, den 2. März.
Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Adler.
Vorm. 11 Uhr Rindergottesdienst
nachm. 1 Uhr Christuslehre (Söhne) Stadtpfarrer Kemppis.
Abends 5 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Kemppis

Kath. Gottesdienst. Sonntag, den 2. März
10 Uhr Amt mit Kurzpredigt.
11 Uhr Christuslehre und Andacht.
Montag keine hl. Messe.
Mittwoch, den 5. März Nachernttag 7 1/2 Uhr Amt, an den übrigen Werktagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.
Freitag Abends 6 1/2 Uhr Beistunde
Beicht Samstag von 4 Uhr an.
Komunion Sonntag um 6 1/2 Uhr, an den Werktagen bei der hl. Messe.

Kriegsbeschädigte Morgen mittag 2 Uhr findet im Cafe Rindberger eine Versammlung statt

Volkshilfe für Württembergische Kriegs- und Zivilgefangene.

Die Sammlung findet bis zum 9. März 1919 statt bei folgenden Sammelstellen: Rathaus, Stahl und Federer W. G., Stadtpothefe von D. Stephan.

Wirts-Verein-Wildbad

Montag, den 3. März Mittags 8 Uhr
Versammlung

bei Kollege Eisele zum Röhlen Brunnen.

Verkauf einer Salon-Einrichtung.

bestehend aus:

- 1 kleiner Plüschgarnitur,
- 1 Spiegelschrank,
- 1 Schreibtisch,
- 1 Salontisch,
- 1 Sesselstuhl, und einer Uhr.

Umständlicher sehr preiswert.

Befichtigung Holzgartenstraße 39 II Pforzheim.

Nähmaschinen-Reparaturen

beforgt prompt und fachgemäß

Wilhelm Fuchslocher,
Mechaniker, Neuenbürg.

Anmeldungen nimmt Herr Kometsch zur Binde hier entgegen.

Wirtschafts-Eröffnung.

Vom Samstag, den 1. März
an ist das

Gasthaus zur Sonne

in Wildbad nach gründlicher Renovierung wieder eröffnet. Um freundlichen Zuspruch bittet

Karl Gaimmüller
und Frau.

Maria Schlegel Max Braun

Verlobte

Wildbad

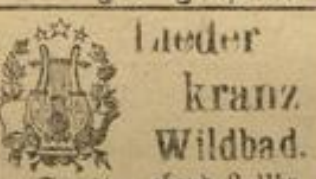
Biberach, RIB
Wildbad

2. März 1919.



Turn-
Verein
Wildbad.

Heute abend 8 Uhr
Singstunde.
im Hotel Palmengarten.
Der Vorstand



Laeder-
kranz
Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr
Singstunde
im Bierkranz-Pokal zur Sonne
wozu sämtliche Sänge erwartet.
Der Vorstand.



Spranzband
Eine Erlösung
für Jeden ist unser
Spranzband
Deutsches Reichspatent
Ohne Feder,
Ohne Schenkelriemen
Monkurrenlos dastehend!
Abbildung und Beschreibung
kostenlos durch die Erfinder.

Am Montag ist Backhese

zu haben bei
J. Wechel Rembachbrauerei

Sehr weinen wachsamem
sehr schönen Dressierten starken

Halbhund

dem Verkauf aus.
Näheres in der Exped. [245]

Bettwäsche

heilt bei Jung und Alt
Vogelamer bewährter
Blasentee, von Anstalten
und Aerzten erprobt, zahl-
reiche Dankschreiben.
Prospekt gratis gegen
Rückporto. Versand für
Wirt. ab jetzt durch
J. Fleglein, München
Dopfenstraße 3 I. St.

Jüngerer Kaufmann

sucht Stelle, nehme eventl. ar-
ähnlichen Posten an.
Näheres in der Exped. [246]



Par- fümerie- und Toilette- Artikel



- Mundwasser**
Bals. Mundwasser 2.50
Lohjes Mundwasser
Pergenol-Mundwasser-Tablet.
Kosmodont usw.
- Zahnpasten**
Kali, Alora, Chlorodont,
Pebeco usw.
- Parfüme**
Dralle's III 5.50 u. 4.00
Rosa Centifolia
Kokolo-Beilchen
Fascinata, Alagna
Beilchenluft 2.50
Niana 30.—
Clata 30.— usw.
- Haarwasser**
Dralle's Birkenwasser
Birkenwasser
Kräuterwasser Nf. 6 — 4.80
Kamilleneextrakt
Boy um la.
(alles noch spiritushaltig)
- Haaröle**
Klettenwurzelöl 1.80—1.20
Blumendl
- Drillantine**
in fester Form u. flüssig
**Haut- u. Gesicht-
pflgemittel**
Lohjes Lilienmilch 2.50
Gurkenmilch
Kombella-Mandellie
Kosoberma—25.—.30
—75 bis 1.75
Fußkrempulver
- Haut-Cremes**
Rivea, Kombella, Oja
Krasotan, Alpenblüten,
Leo Mouson, Urals usw.
la. fettreiche und fettlose
Präparate
- Brennlampen**
gut vernickelt.

- Nagelpflegemittel**
Stein der Weisen 2.—
Nagelplättchen 1.50
Nagelcreme 2.50—1.60
Nagelwasser
Dja-Nagellack 7.50
Nagelpoliture Nf. 6. u. 4.50
Nagelpflege-Garnituren
90.— bis 4.50
- Haarbürsten**
25.— bis 1.75
- Kleiderbürsten**
12.— bis 2.20
- Puder (Gesicht)**
ede Farbe, feste Form und
lose,
auch hübsche Verpackung
- R.-A.-Seife**
und -Pulver
- Haarentsetzungs-
puder**
2.50 bis 1.50
- Frisierkämme**
8.— bis 1.20
- Bahnbürsten**
2.20 bis 0.80
- Handbürsten**
5.— bis 2.50
- Rasierapparate**
20.— bis 15.—
Rasiercreme, alte Ware
große Tube Nf. 3.50
Ersatzlingen
Dugend bis 6.—
- Schirme**
25.— bis 24.—
- Berg- und
Spazierstöcke**
6.— bis 2.20



Sport- und Luxus- Waren



- Römisches Wasser**
Stoff-Hosenträger
6.— bis 2.50
- Haub nure e**
Stück 1.50 und 2 Mt.
- Stirnreze**
extra groß Stück 2.50 Mt.
- Fernsicht sehen**
mit Gummifolierung
17.— bis 8.50
mit und ohne Tragriemen
- Wickelgamaschen**
12.50— bis 7.50
auch reine Wolle
- Elektrische
Taschenlampen**
9.50 bis 2.—
Batterien 1.80
- Phot.-Apparate**
Ernenann-Contessa
140.— bis 14.20
Photogr. Zubehörartikel
und Chemikalien
Entwickeln u. Copieren
- Cigaretten und
Cigaretten**
in nur guter Qualität
Portemonaies
nur echt Leder
- Modellschitten**
Schneschuhe
prima Hölzer
Mk. 40 — 55 — 57
- Stispänner Paar Mk. 2.50
Stistöcke
Tragriemen
Wäsche u. s. w.
- Schneeschnh u. Model-
schlitten Verleih-
Anstalt**



kauft man bei Chr. Schmid & Sohn

Tabakwaren-
Großhandlung
Parfümerie- Sport-
und Photogeschäft
mit
Damenfrisier-
Abteilungen
König-Strasse
68 u. 71

